

Ungenügend für Prodi

Es ist gut, dass die Südtiroler Wirtschaftszeitung mit den Beiträgen „Unerträgliche Belastung“ und „Jetzt folgt die Rechnung“ sowie dem Leserbrief „Fiskus frisst Gewinn“ (Ausgabe vom 1. Juni) auf die unerträgliche Situation verweist, in der sich viele Unternehmer z. Z. befinden. Der Artikel von Hermann Graber hat ungefähr gezeigt, in welcher Lage sich die Firmen befinden, auch wenn gar nicht ein besonders schlimmes Beispiel ausgewählt worden ist. Sehr viele Fälle sind wie der von Christian Pircher geschilderte; der Leserbriefschreiber spricht von 120 Prozent Steuern. Ich habe unter meinen Kunden so manche Firma, die sich in einer ähnlichen Situation befindet. Da erwirtschaftet jemand ein positives Betriebsergebnis, dann kommen die Steuern – und schon ist man negativ und der Unternehmer muss noch etwas drauflegen. Vielen ist das nicht bewusst: man zahlt etwas, obwohl man nichts verdient hat. Ein Unternehmer setzt seine Organisation ein und muss am Ende des Jahres noch etwas dazuzahlen. Das muss erst verstanden werden, denn es sind nicht Einzelfälle.

Man sagt, die Regierung bekämpfe die Steuerhinterziehung. Aber genau das macht sie nicht: Sie besteuert nur diejenigen, die schon zahlen, noch mehr.

Manche Politiker behaupten, diese Regierung arbeite so gut, sie habe viel geleistet, sie sanieren den Haushalt, sie bekämpfe die Steuerhinterziehung, sie habe einen Aufschwung herbeigeführt.

Von wegen:

- Die höheren Steuereinkünfte sind ein Ergebnis des Vorjahres (das ist Tatsache und ich verstehe nicht, wie jemand etwas anderes sagen kann). Alle Steuerzahlungen bis November werden aufgrund der Steuererklärung des Vorjahres berechnet.

- Der Wirtschaftsaufschwung ist nicht auf die Politik zurückzuführen, denn Italien hat das geringste Wachstum unter den

größeren Nationen in Europa, so wie unter der vorhergehenden Regierung Italien unter den vielen Staaten ohne Wachstum am schlechtesten dastand.

- Es gibt keine Daten über die Bekämpfung der Steuerhinterziehung, weil das technisch nicht möglich ist. Jeder, der damit zu tun hat, weiß, dass eine Steuerkontrolle erst nach zwei bis drei Jahren evt. Früchte bringen kann.

- Es wurden Steuermaßnahmen beschlossen, die teilweise rückwirkend greifen. Die Nicht-Absetzbarkeit von vielen Betriebsausgaben bringt negative Bilanzen nach Steuern hervor. Von wegen 50 Prozent Steuern!

Ich frage mich, wie weit die Politik da gehen will. Wie lange wollen unsere Politiker diese Politik denn mittragen?

Kann denn die Partei verantworten, dass Firmen durch die Steuer draufzahlen?

Glaubt die Politik nicht, dass da evtl. etwas zerstört werden kann?

Kann man denn verantworten, dass einerseits das Unternehmertum derart ausgesaugt wird und andererseits die öffentliche Hand Unmengen von Geld ausgibt, in Südtirol relativ vernünftig, im restlichen Italien auf eine skandalöse Art und Weise?

Man kann auch nicht behaupten, „ja wir können nichts machen, wir sind zu klein“. Von wegen! Die Südtiroler Volkspartei hat derzeit die Macht, jedes Gesetz zu blockieren.

Manche sagen: Und wenn dann die Regierung fällt? Ich meine: Dann soll sie halt fallen, und soll sich der Staat die Post und den Strom behalten. Die Post ist sowieso viel zu teuer und längst überholt.

Da sind nun wirklich unsere Politiker gefragt. ■

*Dr. Walter Kasslatter,
St. Ulrich und Klausen*

www.swz.it